PRESSEERKLÄRUNG

Nr.:	128	Redaktion:	Michael Gentsch
Thema:	Ungerechtfertigte Schuldzuweisung durch Türkischen Bund	Datum:	24. März 2011

WANSNER: VOREILIGE SCHULDZUWEISUNGEN DURCH DEN TÜRKISCHEN BUND VÖLLIG INAKZEPTABEL

Der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER** erklärt zu den Vorwürfen des Türkischen Bundes zu den jüngsten Brandstiftungen:

„ Bevor überhaupt Tatverdächtige festgestellt wurden oder sonst jemand weiß, wer diese verurteilungswürdigen Straftaten begangen hat, weist der Türkische Bund der „diskriminierenden Ausländerpolitik der Bundesregierung“ eine gewisse Schuld zu.

Eine derartige Äußerung kann ich nur als Unverschämtheit und im Stil unerträglich bezeichnen – sie ist einfach inakzeptabel ! Die Aussage, dass die Brandstiftungen in Verbindung mit der Integrationspolitik des Bundes gesehen werden können, zeigt nur, wie weit der Türkische Bund den Bezug zur Realität der derzeitigen Integrationspolitik verloren hat.

Von einer diskriminierenden Integrationspolitik der Bundesregierung kann wirklich niemand ernsthaft sprechen. Im Gegenteil, die jetzige Bundesregierung ist die erste, die eine fortschrittliche und wirksame Integrationspolitik betreibt.“

CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Verantwortlich: Michael Gentsch, Gina Schmelter
Telefon: (030) 23 25 – 21 20
Telefax: (030) 23 25 – 27 52
presse@cdu-fraktion.berlin.de
www.cdu-fraktion.berlin.de